

# Zeitschrift

# für

# Sozialökonomie

Andreas Frodl	<b>Ökonomische Aspekte der Demilitarisierung in Deutschland . . . . .</b>	<b>3</b>
Till Bastian	<b>1995: Ein Jahr in der Niemandszeit – Eine Standortbestimmung für die Friedensbewegung . . . . .</b>	<b>14</b>
Roland Geitmann	<b>Geld und Rüstung – Vom Zusammenhang zwischen Geldsystem, Wirtschafts- krisen und Rüstung . . . . .</b>	<b>20</b>
	<b>Leserbriefe · Berichte · Bücher . . . . .</b>	<b>25</b>
	<b>Einladung zum INWO-Kongreß in Bern . . . . .</b>	<b>13</b>

32. Jahrgang

**105.** Folge

Juni 1995

## 1995: Ein Jahr in der Niemandszeit<sup>1</sup>

Eine kurze Standortbestimmung für alle, die das Thema „Frieden“ noch bewegt...

In den letzten sechs Jahren dieses Jahrtausends steht eine entscheidende gemeinschaftsprägende Weichenstellung ins Haus – die Entscheidung zwischen *Zivilität* und *Gewalt-samkeit* als Leitstrategien der Zukunftsgestaltung.

Mit *Gewalt-samkeit* meine ich hier nicht die im Landesinneren zu beobachtende, bedrückende Zunahme der Gewaltbereitschaft, sondern kurz und bündig die *Option Krieg* als gestaltendes Motiv der Außenpolitik. Dies soll nun nicht heißen, daß Krieg vom politischen Establishment bewußt und auf jeden Fall angestrebt wird – wie einst von *Adolf Hitler*, dem „*Größten Feldherrn aller Zeiten*“; wohin das seinerzeit führte, wird dieser Tage allenthalben bedacht. Ich meine „nur“, daß Krieg auch von deutschen Politikern, und zwar in zunehmender, vielleicht bald schon bestimmender Zahl wieder als legitimes Mittel zur Durchsetzung politischer Interessen betrachtet wird, in *Clausewitzens* Sinne als „*Fortführung der Politik mit anderen Mitteln*“, wo eben nötig und geboten. Diese Option Krieg wurde in der Bundesrepublik von 1949 bis 1990, bis zum Ende des „Kalten Krieges“ (das die Pariser KSZE-Konferenz im selben Monat, als auch die Berliner Mauer fiel, feierlich verkündete) durch einen sehr weitgehenden consensus fast aller Bürgerinnen und Bürger aus dem politischen Möglichkeitsraum ausgeschlossenen. Krieg war ausschließlich denkbar im Falle der „Landesverteidigung“. Und auch dann wäre er – durch das Dogma der „nuklearen Abschreckung“ – nicht eigentlich Krieg, sondern gemeinsamer Selbstmord gewesen.

Diese Doktrin einer atomaren Weltvernichtung als vorgebliche ultima ratio demokratischer Selbstbehauptung stellte die Friedensbewegung nach dem Nato-Doppelbeschluß zur Stationierung neuer, besonders gefährlicher Mittelstreckenraketen (12.12.1979) nachhaltig und wirksam in Frage. Diese Raketen wurden zwar ab Ende des Jahres 1993 dennoch stationiert, schon fünf Jahre später aber, nach der Zeichnung des INF-Vertrages durch *Reagan*

und *Corbatschow*, alsbald wieder abgebaut. Das Wettrüsten der Supermächte, der „Systemgegensatz“, der „Kalter Krieg“ – all dies ging zu Ende; der „Warschauer Pakt“ löste sich auf, die UdSSR zerfiel. Friedliche Zeiten?

Nein! Die „*Option Krieg*“ wurde – obschon das wiedervereinigte Deutschland 1995 „*von Freunden umstellt*“ ist (wer mag an einen Angriff der Polen, Dänen oder Schweizer ernstlich glauben?) – offenbar realer denn je. Niemand sprach das deutlicher aus als Deutschlands ranghöchster General, der Bundeswehrinspekteur *Klaus Naumann*. „*Die jungen Soldaten, die heute in die Bundeswehr eintreten*“ – so stellte er im Juli 1993 in einem Vortrag in Schloß Friedrichshafen fest, „*müssen wissen, daß für sie die Wahrscheinlichkeit eines Kriegseinsatzes hoch ist – höher jedenfalls als dies bisher der Fall gewesen ist.*“ So, im Wortlaut, der ranghöchste deutsche Soldat; leider hatten seine offenen Worte nicht jene alarmierende Wirkung, die eigentlich angebracht gewesen wäre ...

Dieser Militarisation des Denkens und Handelns steht, als derzeit eher ohnmächtige Alternative, die Utopie der *Zivilgesellschaft* gegenüber. Ich spreche hier, obschon das Wort unschön klingt, ganz bewußt von *Zivilität*, nicht von Bürgerlichkeit. Denn „*bürgerlich*“ – das hat bei uns Deutschen immer den Beigeschmack von Wohnküchenmief, Nippesfiguren und Duckmäsertum. Diese Krähwinkelei ist vielleicht ein Nachwirken der Tatsache, daß eine Revolution der selbstbewußt die Geschichte nach eigenen Gutdünken umgestaltenden citoyens in deutschen Landen nie stattgefunden hat. Der „*Bürger*“ ist bei uns immer halb Spießbürger, halb Großbourgeois geblieben – eine wenig überzeugende Figur, die in

<sup>1</sup> Der Begriff „Niemandszeit“ stammt aus der Novelle „Die arge Legende vom gerissenen Galgenstrick“ von Franz Werfel: „Wie es ein Niemandsland, einen Niemandsraum zwischen den Fronten gibt, so entsteht auch eine Niemandszeit zwischen den feindlichen Armeen, welche in Bewegung kommen. Alle jene Städte und Ortschaften, welche jemals das Unglück traf, in ein Kriegsgebiet zu geraten, kennen diese Niemandszeit, die freilich nirgends so beklemmend in Erscheinung tritt wie im Bereiche eines Bürgerkriegs.“

der deutschen Geschichte seit 1871 immer im Schatten des Kriegers stand.<sup>2</sup>

Dabei gäbe es für die Rückbesinnung auf die hier gemeinten Bürgertugenden durchaus Anknüpfungspunkte (bloß erzeugen diese kaum öffentliche Aufmerksamkeit, jedenfalls nicht im Vergleich zum Großen Zapfenstreich und zur Kaiserstatue am „Deutschen Eck“ in Koblenz). Der preußische Historiker *Theodor Mommsen* (1807-1903), der als erster Deutscher den Nobelpreis für Literatur erhielt, hat im Jahre 1899 ein Testament verfaßt, in dem es in bekümmert-resigniertem Tone hieß: „In meinem innersten Wesen, und wie ich meine, mit dem Besten, was in mir ist, bin ich stets ein animal politicum gewesen und wünschte, ein Bürger zu sein ...“ Doch dies, so der greise Gelehrte, sei nicht möglich in der preußisch-deutschen Nation, in der der Einzelne über den „Dienst im Glied“ nicht hinauskommen könne ...

Der „Dienst im Glied“ – dieses Wort weist deutlich auf die Unvereinbarkeit von *Zivilität* und *Militarismus* hin. Letzterer stand damals, als *Mommsen* sein Testament niederschrieb, hoch im Kurs. Und heute? Blicken wir erst einmal hundert Jahre zurück. Denn dieser Rückblick ins ausgehende 19. Jahrhundert scheint, als Werkzeug der Gegenwartsbetrachtung, durchaus brauchbar zu sein.

### **Militarisierung der Außenpolitik – einst ...**

Als *Theodor Mommsen* den engstirnigen-antipolitischen „Dienst am Glied“ beklagte, war sein Mutterland just etwa dreißig Jahre zuvor wieder zur kleindeutschen Reichsnation vereinigt worden – mit Militärgewalt. *Bismarck*, der Inszenator dieser neuen Einheit, hatte 1899 längst abgedankt. Die Zeiten hatten sich gewandelt: von deutscher Weltgeltung, von Kolonien in Übersee wurde jetzt allenthalben gesprochen. Aufrüstung – vor allem zur See – sollte dem entsprechenden Streben den gebührenden Nachdruck verleihen. Für die Kinder patriotisch gesinnter Kreise kam der Matrosenanzug im Mode ...

Vor hundert Jahren, 1895, erklärte der jetzt – vor allem ob seiner „Verantwortungspolitik“ – wieder zu hohem Zitierwert aufgestiegene Soziologe *Max Weber* in seiner Freiburger Antrittsvorlesung: „Wir müssen begreifen, daß die Einigung Deutschlands ein Jugendstreich war,

den die Nation ... seiner Kostspieligkeit halber besser unterlassen hätte, wenn sie der Abschluß und nicht der Ausgangspunkt einer deutschen Weltmachtspolitik sein sollte.“

Zwei Jahre später, am 6. Dezember 1897, erklärte der Staatssekretär des Auswärtigen und spätere Reichskanzler *Bernhard von Bülow* vor dem Reichstag in einer großen programmatischen Rede: „Die Zeiten, wo der Deutsche dem einen seiner Nachbarn die Erde überließ, den anderen das Meer und sich selber den Himmel reservierte ... – diese Zeiten sind vorüber. Wir betrachten es als eine unserer vornehmsten Aufgaben, gerade in Ostasien die Interessen unserer Schifffahrt, unseres Handels und unserer Industrie zu fördern und zu pflegen ... Wir sind gern bereit, in Ostasien den Interessen anderer Großmächte Rechnung zu tragen, in der sicheren Voraussicht, daß unsere eigenen Interessen gleichfalls die ihnen gebührende Würdigung finden. Mit einem Worte: Wir wollen niemanden in den Schatten stellen, aber wir verlangen auch unseren Platz an der Sonne.“

Im selben Jahr, in einer Stellungnahme zu der vor allem von Admiral *Tirpitz* forcierten aggressiven Flottenpolitik der Reichsregierung, schrieb eben jener bereits zitierte *Max Weber*: „Nur völlige Verzogenheit und naiver Optimismus können verkennen, daß das unumgängliche handelspolitische Ausdehnungsstreben aller bürgerlich organisierten Kulturvölker, nach einer Zwischenperiode äußerlich friedlichen Konkurrenzens, sich jetzt mit völliger Sicherheit dem Zeitpunkt wieder nähert, wo nur die Macht über das Maß des Anteils des Einzelnen an der ökonomischen Beherrschung der Erde und damit über den Erwerbsspielraum ihrer Bevölkerung, speziell auch ihrer Arbeiterschaft, entscheiden wird.“

### **... und heute?**

1990 wurde wieder ein zerrissenes Deutschland vereinigt – allerdings, und zum Glück, diesmal nicht durch einen Krieg, sondern durch eine demokratische Bürgerbewegung, von der allerdings, wie es fünf Jahre später den Anschein hat, kaum noch jemand etwas wissen will.

<sup>2</sup> Bei der Einweihung des Leipziger Völkerschlachtdenkmals 1913 rief ein Festredner aus, jetzt werde niemand den Deutschen mehr vorwerfen können, nur ein Land der „Dichter und Denker“ zu sein...

Und plötzlich sind sie wieder da, die Töne vom „Platz an der Sonne“, Verzeihung: von der „Großmachtrolle“, der wir (?) uns zu „stellen“ hätten; von der „weltpolitischen Geltung“, Verzeihung: „Verantwortung“ ... Oder ist es bloß böswillige Unterstellung, wenn wir einen solchen Gleichklang zu vernehmen glauben? Hören wir den Originalton amtlicher Dokumente: In den am 26. II. 1992 vom Verteidigungsminister erlassenen „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ war doch ganz offen von der „Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt“ die Rede – als „vitalem Sicherheitsinteresse Deutschlands“! Anderthalb Jahre später, schon im Wahljahr 1994, schob Minister Volker Rühe noch ein Papier zur Umstellung der Bundeswehr auf „Krisenbewältigung und Konfliktverhinderung“ nach, in dem zwar (zutreffend) festgestellt wird: „Deutschland ist nicht mehr Frontstaat, sondern umgeben von Verbündeten und befreundeten Partnern.“ – Zugleich aber wachse „die Gefahr regionaler Krisen und Konflikte innerhalb und außerhalb Europas, die auch die Sicherheit Deutschlands betreffen“. Dies wohl ganz im bereits genannten Sinne gemeint – durch Einschränkung des Zuganges zu Rohstoffen, Märkten und Handelswegen. Die „Krisenreaktionskräfte“, die es zu schaffen gilt, müssen weltweit operieren können – folgerichtig sollte auf Betreiben vor allem von Generalinspekteur Naumann für die deutsche Marine unter dem Kürzel MZW („Mehrzweckschiff“) ein Out-of-area-Kriegsschiff auf Kiel gelegt werden, in dem ein Kampfбатаillon von 800 Mann samt ihren Kampf- und Schützenpanzern sowie Hubschrauber und Landungsboote Platz finden können. Das Schiff mit seinen 20 000 Tonnen Wasserverdrängung sollte 500 Millionen Mark kosten und spätestens im Jahr 2000 einsatzbereit sein (vielleicht hätte man es konsequentermaßen auf den Namen „Admiral Tirpitz“ taufen sollen). Freilich: Im Mai 1995 hat Minister Volker Rühe diese Pläne erst einmal gestoppt (vgl. „Süddeutsche Zeitung“, 3. 5. 1995). Vermutlich dürfte hierfür eher die chronische Mittelknappheit ausschlaggebend gewesen sein denn die politische Vernunft ...

Im Dezember 1994 wurde bei der südspanischen Stadt Almeria das Nato-Manöver *Tramontana* durchgeführt – auch eine Einheit der „Krisenreaktionsstreitmacht“ Eurokorps mit deutschen Soldaten war dabei, desgleichen

britische und holländische Kriegsschiffe. Geübt wurde eine Intervention in den Maghreststaaten, selbstverständlich nur zur Rettung bedrohter eigener Staatsbürger. Die „Troika“ Deutschland/Frankreich/Spainien dominiert längst die gesamte Europäische Union und versucht auch die gemeinsame Außen- und Militärpolitik zu gestalten, für die vor allem zwei Grenzen „heiße Zonen“ sind: Die Südgrenze quer durch das Mittelmeer und die Ostgrenze östlich von Polen. Werden die – durch das INF-Abkommen von 1987 ja ausdrücklich nicht verbotenen – luftgestützten Mittelstreckenraketen bald auf EU-Kampfflugzeugen aus von Gibraltar, Malta (just eben der Nato-„Partnerschaft für den Frieden“ beigetreten), Sizilien, Kreta und Zypern stationiert sein – bereit für eine Militärintervention in Algerien oder in anderen Staaten Nordafrikas?

### Die Geschichte wiederholt sich nicht ... oder doch?

Natürlich ist 1995 nicht 1895 und Minister Rühe ist eben doch kein Admiral Tirpitz; was sich wiederholt, ist gewiß nicht die Außenseite der Politik. Die martialische Rhetorik eines *Willem Zwe* gehört vermutlich für immer der Vergangenheit an; sie ist heute vermutlich auch gar nicht mehr nötig, ja im Verfolg von weltweiten Wirtschaftsinteressen eher hinderlich (was damals schon *Max Weber* konstatierte, der den Hohenzollernkaiser deshalb als größte Gefahr für die von ihm geforderte „Weltmachtspolitik“ erkannte). Der Autor *Wolfgang Michal*, der für sein Buch „Deutschland und der nächste Krieg“ den Titel eines berüchtigten Pamphletes wählte, das der alldeutsche Militarist General *Friedrich von Bernhardt* 1912 veröffentlicht hat (nach zwei Jahren war schon die neunte Auflage gedruckt!), hat die Parallelen zwischen Kaiserreich und Gegenwart oft zutreffend, aber bisweilen auch mit allzu forscher Feder überpointiert und damit ungenau nachgezogen. Unsere Welt ist heute selbstverständlich viel komplexer als vor hundert Jahren; an den grundlegenden Interessenlagen, die sie strukturieren, hat sich allerdings nicht viel geändert. Geld, Macht und Ruhmsucht sind noch immer starke Motoren des Geschehens, und der Nationalismus erlebt weltweit eine neue Hochblüte. So drängt sich der Verdacht auf, daß vielleicht doch Strukturanalogien zwischen dem „damals“ und dem „heute“ vorliegen könnten. Damals stieß das neuvereinte Deutschland als

„verspätete Großmacht“ in den Club der miteinander vielfältig konkurrierenden Weltmächte vor. „Mit dem Übergang zu einer theatralischen „Weltpolitik“ unter Wilhelm II. übersah man rasch die geographischen und politischen Schranken, die einer expansiven Außenpolitik des deutschen Nationalstaates gesetzt waren“ – so der Historiker Wolfgang Justin Mommsen, ein Ur-Enkel des oben zitierten Theodor. Der Weg in den Weltkrieg war beschritten ...

### Die „Urkatastrophe“ des Jahrhunderts

Es ist im Jahr 1994 im öffentlichen – oder veröffentlichten – Bewußtsein der Deutschen erstaunlich wenig dieses Weltkriegsbeginns 1914, vor 80 Jahren, gedacht worden. Am Ende könnte dies ja durchaus Sinn machen – zeigt sich hier vielleicht wieder einmal die „Angst der Mächtigen vor öffentlicher Trauer“ (Paul Parin)?

George F. Kennan hat den ersten Weltkrieg einmal als „Urkatastrophe unseres Jahrhunderts“ bezeichnet; erst dieser Krieg (in Großbritannien heißt er trotz des noch blutigeren Nachfolgekrieges auch heute noch „Great War“) setzte die völlige Militarisierung aller politischen Beziehungen endgültig durch, die fortan – bis hin zur Doktrin der „atomaren Abschreckung“, d. h. der Drohung mit der endgültigen Weltvernichtung – für unser Jahrhundert prägend geworden ist. Auch der von Hitler zielstrebig entfesselte zweite Weltkrieg war ja letztlich „nur“ der brutale Versuch, den verlorenen Waffengang von 1914 fünfundsiebzig Jahre später noch einmal, und „bis zum Letzten“, zu wagen und durchzuführen ...

Am schrecklichen Beispiel des Gaskrieges läßt sich dieser Zusammenhang gut beleuchten: Am 22. April 1915, Punkt 18 Uhr, stiegen aus den vordersten Linien der deutschen Front bei Ypern dicke Chlorgaswolken empor. Dort hatten Pioniere fünftausend Stahlflaschen geöffnet; das aus ihnen entströmende Gift wurde von einem leichten Nordostwind als sechs Kilometer breite, weißgelbe Wolkenwand auf die französischen Schützengräben zugetrieben. Dort rangen die Soldaten alsbald hustend um Atem. Schaum schoß ihnen aus Nase und Mund, vielen platzte die Lunge. Fast 5000 Todesopfer kostete dieser erste Giftgaseinsatz in einem modernen Krieg – ausgeführt durch deutsche Truppen im zweiten Jahr des Weltkriegs Nummer 1.

Eine Fotografie, die kurz vor Beginn dieses Krieges, im August 1914, „auf die Platte ge-  
bannt“ worden ist, zeigt die Verkündung der kaiserlichen Mobilmachung auf dem Münchener Odeonsplatz. Mitten in der enthusiastischen Menge ein lachender junger Mann: der begeisterte Adolf Hitler. Damals fünfundsiebzig Jahre alt, meldete sich Hitler bald als Kriegsfreiwilliger; in der Nacht vom 13. auf den 14. Oktober 1918 ebenfalls bei Ypern im Trommelfeuer englischer Giftgasgranaten schwer verwundet, liegt er, kurzfristig erblindet, im Lazarett von Pasewalk, als er von der Revolution, der Abdankung des Kaisers und vom Waffenstillstand erfährt, dem später der Vertrag von Versailles folgt. „Ich wußte, daß alles verloren war ... Ich aber beschloß, Politiker zu werden“ schreibt er später in „Mein Kampf“. Und im selben Buch raisonniert er in blindwütigem Antisemitismus über die Möglichkeit, daß durch brutale Maßnahmen gegen die „hebräischen Volksverräter“ der Weltkrieg hätte gewonnen werden können; dabei erwähnt er ausdrücklich das Stichwort „Giftgas“. Auch Kaiser Wilhelm II., der 1914 seine Kriegrede im Reichstag mit den Worten „Jetzt wollen wir sie aber dreschen!“ beendet hatte, schrieb 1929, Juden und Mücken seien eine Pest, von der sich die Menschheit so oder so befreien müßte. Und er fügte an: „Das Beste wäre Gas!“.

Das Giftgas des ersten Weltkrieges, rasch zum Symbol einer erbarmungslos-großtechnischen Kriegsmaschinerie geworden, hat, so könnte man folgern, das ganze Jahrhundert vergiftet – mit mörderischen Folgen, besonders in Deutschland und durch Deutsche.

Intensives Nachdenken über diesen Weltkrieg I, in den die Welt eben nicht „hineingeschlittert“ ist, das würde bedeuten, auch über die Unvereinbarkeit von Zivilität und Militarismus nachzudenken, wie es eine weltweite Friedensbewegung, von Bertha von Suttner bis zu Leo N. Tolstoi, am Vorabend dieses Krieges ja bereits getan hat; und dies paßt natürlich nicht in eine Epoche, in der dem politischen Establishment allenthalben viel daran zu liegen scheint, die „Option Krieg“ wieder als salonfähig erscheinen zu lassen.

In dem hervorragenden Buch „Staat und Nation in der europäischen Geschichte“ von Hagen Schulze finde ich – in der Einleitung – die folgenden, zutiefst beunruhigenden Sätze: „Es

*sieht so aus, als näherte sich Europa dem Zustand, in dem es sich vor dem Ersten Weltkrieg befand. Man ist an Dornröschens Schloß nach dem Kuß des Prinzen erinnert: Nach achtzig Jahren Schlaf wacht die ganze Gesellschaft auf, und jedermann fährt bei der Tätigkeit fort, bei der er eingeschlafen war, bis hin zum Koch, der jetzt endlich dem Küchenjungen die lange verzögerte Ohrfeige gibt.“*

Soweit der Autor. Sollte er recht behalten, droht uns allerdings Schlimmeres als Ohrfeigen. Sollte es wirklich keine Chance geben, aus unserer deutschen Gewaltgeschichte auszuweichen? Um diese Frage zu beantworten, müssen wir untersuchen, welche Gesinnung eine solche Gewaltgeschichte getragen, ja getrieben hat.

### **Gesinnungsmilitarismus**

Eine derartige Kriegsbegeisterung, wie sie Europa – und insbesondere Deutschland – 1914 erlebte, hat es kein zweites Mal gegeben. Viele sehnten die „*Stahlgewitter*“ geradezu herbei. „*Geschähe doch einmal etwas*“ notierte der 1912 ertrunkene Dichter *Georg Heym* drei Jahre vor seinem Unfalltod in sein Tagebuch. „*Oder sei es auch nur, daß man einen Krieg begänne, er mag ungerecht sein. Dieser Friede ist so faul, ölig und schmierig wie eine Leimpolitur auf alten Möbeln*“. Und sogar *Thomas Mann* meinte noch 1915: „*Wie hätte der Künstler Gott nicht loben sollen für den Zusammenbruch einer Friedenswelt, die er so satt, so überaus satt hatte! – Krieg! Es war Reinigung, Befreiung, was wir empfanden, und eine ungeheure Hoffnung.*“

In dem soeben erschienenen vorzüglichen Sammelband „*Der Erste Weltkrieg. Wirkung, Wahrnehmung, Analyse*“ untersucht der Historiker *Thomas Rohkrämer* die Kriegsbereitschaft im Deutschen Kaiserreich – und konstatiert einen weitverbreiteten „*Gesinnungsmilitarismus*“, der – mit sozialdarwinistischem Gedankengut angereichert, in eine Mentalität mündete, „*die den Krieg als unvermeidlich ansah, ihn als eine Bewährungsprobe wahrnahm und ihm eine höhere Realität als dem Frieden zusprach*“. Diese Ideologie wirkte nach 1919 weiter und hat die Karriere eines *Hitler* erst möglich gemacht.

Ist sie denn heute überwunden? Der Rummel um den 100. Geburtstag des Kriegsveteranen *Ernst Jünger* im Frühjahr 1995 wirft ja wohl auch die Frage nach der Attraktivität nicht nur

der literarisch verklärten „*Stahlgewitter*“, sondern auch des Krieges überhaupt auf – nicht der rüstige Jubilar will mir als tadelnswert erscheinen, sondern das kritiklose Interesse, das seine Person insbesondere bei jenen findet, die wohl kaum mehr als ein paar Zeilen von ihm gelesen haben (dies haben *Ernst Jünger* und *Max Weber* wohl miteinander gemein, und ich kann den Vorschlag des Philosophen *Ludger Lütkehaus* nur rundweg unterstützen, daß alle, die *Weber* oder *Jünger* leichtfertig zitieren, mit der sofortigen Lektüre ihrer sämtlichen Werke bestraft werden sollten). Ich kann das Thema hier nicht weiter verfolgen – aufmerksame Beobachter werden genügend Beispiele für das Aufkeimen eines neuen deutschen Gesinnungsmilitarismus zu finden wissen.

Nur ein Schlaglicht auf die Gegenwart: Unser Bundesaußenminister Dr. *Klaus Kinkel*, berühmt oder eher berüchtigt für seine kraftvoll-schwäbische Sprache, hat in seiner amtlichen Stellungnahme zum Wiedereintritt Deutschlands in den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen ja gleich zweimal betont, Deutschland werde in New York jetzt „*Flagge zeigen*“. Waren es diese markigen Worte, die den *Spiegel* zu seinem ersten Titelblatt des Jahres 1995 inspiriert hatten? Der Präsident der Industrie- und Handelskammer Hochrhein-Bodensee, so lese ich am 24.1.1995 in der „*Schwäbischen Zeitung*“ mahnt an: „*Die deutsche Handelsflagge muß weltweit stärker denn je präsent sein*“.

Folgt dann der Handelsflagge, wie am Ende des vergangenen Jahrhunderts – siehe die *Bülow*-Rede von 1897! – später auch die Kriegsflagge? Droht sich die Geschichte erneut ähnlich zu arrangieren?

### **Die Alternative heute**

Selbstverständlich: Die Geschichte wird sich gewiß nicht in simpler Manier einfach wiederholen – aber eines ist gewiß: Die Parallelen – oder man sollte vielleicht besser von Strukturähnlichkeiten sprechen – sind vorhanden. Denn richtig ist und bleibt ja doch, daß auch 1990 die Wieder-Vereinigung Deutschlands in eine Zeit des Umbruchs fiel, in der die politischen Karten neu gemischt wurden (und werden!), in der, nach der Tiefkühl-Stabilität des „*Kalten Krieges*“, ein neuerliches Wetteifern um Einfluß, Macht und Märkte begonnen hatte. Könnten auch die Sätze *Max Webers* von

1897 fast genau einhundert Jahre später eine neue Gültigkeit erfahren?

Die neue „Weltpolitik“, so kritisierte vor hundert Jahren Eugen Richter im Deutschen Reichstag, sei vor allem eine Politik des „Überall-dabei-sein-Wollens“. Dieser Satz trifft auch gegenwärtig ins Schwarze. Damals führte diese Entwicklung in die Katastrophe ...

Und heute? Die Gefahr ist groß, daß in einer Phase der Instabilität und Unsicherheit gerade schwache Bundesregierungen wieder eine weltpolitische „Flucht nach vorne“ antreten, und auch eine zweite Gefahr scheint nicht gering, nämlich die Formation patriotischer, ja völkischer Allianzen, die ein „entschlossenes Durchgreifen“ in den Wetterwinkeln der Welt fordert, den Schutz „deutscher Interessen“ und „unseres“ Wohlstandes, der Rohstoffe und Absatzmärkte, zumal gegen die verelendeten, aber auch aufbegehrenden Völker der Südhemisphäre. So könnte durchaus ein neuer, in Ansätzen bereits vorfindlicher „Gesinnungsmilitarismus“ sich verfestigen, der dann am Ende in handfesten militärischen Interventionsdrang mündet. Die Grundlagen hierfür werden ja schon geschaffen, und dies teilweise auch durchaus zielstrebig.

Zivilität muß demgegenüber, und 1995 allemal, energisch darauf bestehen, daß die Außenpolitik des wiedervereinten Deutschlands eine Friedenspolitik ist, die vorbeugend Konflikte verhütet – nicht zuletzt durch wirtschaftlichen Ausgleich zwischen Nord und Süd. Sie muß sich sowohl von den üblen Traditionen deutscher Machtpolitik und dem Streben nach

einem „Platz an der Sonne“ (bzw. einem ständigen Sitz im Weltsicherheitsrat) befreien wie sie der Versuchung zu widerstehen hat, sich in neue Allianzen der reichen Industrienationen und ihrer militärischen Machtkartelle eingliedern zu lassen, mit deren Hilfe letztlich nur die Privilegien des Nordens abgesichert werden sollen. Die „Weltwirtschaftsordnung“, die die Erde prägt (und ruiniert), sichert den Vorteil und das Wohlergehen eines Fünftels der Weltbevölkerung auf Kosten aller anderen. Wie das am besten vonstatten gehen könne, darum wird gegenwärtig heftig gestritten. Mit zukunftsichernder Friedenspolitik hat dies nicht das geringste zu schaffen. Auch global wird offenkundig, was wir an den letzten hundert Jahren deutscher Geschichte verdeutlichen wollten: Die Alternative zwischen Zivilität und Weltbürgertum – und jenem Militarismus, der kurzfristig immer wieder zu obsiegen scheint, weil er im Stile *Alexanders des Großen* auch die verworrensten Problemgemenge mit einem „entschlossenen“ Schwertstreich lösen zu können wähnt.

#### Literaturhinweise

T. Bastian: Frieden schaffen mit deutschen Waffen? Krieg als Mittel der Politik – Plädoyer für ein ziviles Deutschland – Köln (Papyrossa) 1993

W. Michal: Deutschland und der nächste Krieg – Reinbek (Rowohlt) 1995

W. Michalka (Hrsg.): Der Erste Weltkrieg. Wirkung, Wahrnehmung, Analyse – München (Piper) 1994

W.J. Mommsen: Großmachtstellung und Weltpolitik. 1870-1914: Die Außenpolitik des Deutschen Reiches – Frankfurt a.M. (Propyläen) 1993

H. Schulze: Staat und Nation in der europäischen Geschichte, München 1995

## 18. MÜNDENER GESPRÄCHE

am Samstag / Sonntag, den 4. und 5. November 1995  
in den Werratal-Hotels, Hann.-Münden / Ortsteil Laubach

Arbeitsthema:

### Nach der Europäischen Währungsunion: Hat die Bundesbank noch eine Zukunft?

Nähere Auskünfte: Ekkehard Lindner  
Behrensener Str. 18, 37186 Moringen, Tel.: 0 55 03 - 32 05

# Geld und Rüstung – Vom Zusammenhang zwischen Geldsystem, Wirtschaftskrisen und Rüstung

## Abwendbares Schicksal

Die vielfältigen Zusammenhänge zwischen Geld und Rüstung sind bekannt. Weniger geläufig ist, daß ein solcher Zusammenhang auch zwischen Rüstung und unserem Geldsystem als solchem besteht, also der Art, wie wir das Geldwesen organisieren. Und erst recht fehlt das öffentliche Bewußtsein dafür, daß hier ein geeigneter und notwendiger Therapieansatz liegt, um Konflikten vorzubeugen. Sich auf solche Überlegungen einzulassen erfordert allerdings, Grenzen bisheriger Denkgewohnheiten zu überschreiten. Dazu wollen die folgenden Ausführungen anregen.

Geldsystem und Wirtschaftskrisen sind freilich nur ein Ausschnitt des Bedingungsgeflechts militärischer Rüstung. Insbesondere soll nicht behauptet werden, daß im Geldsystem eine oder gar die „Ursache“ für Rüstung liege. Ursachen sollte man in tiefer liegenden Schichten suchen, etwa in seelischen Antrieben wie Habgier und Machtstreben, Aggression und Haß, Sicherheitsstreben und Gewohnheit.

Auch wäre nach den geistigen Kräften zu fragen, die auf die Menschen einwirken und sich in Rüstung niederschlagen. Daß das Geldwesen schon immer als Instrument der Widermacht erkannt wurde, wird deutlich etwa in dem Jesus-Wort „Ihr könnt nicht Gott dienen und dem Mammon“ (Matth. 6, 24) wie auch in der Fabel, wonach das Geld das Geschenk des Teufels an die Menschheit sei. Wenn der Sinn unseres Erdenaufenthalts darin liegt, uns dieser Widermacht auszusetzen und in der Auseinandersetzung mit ihr zu wachsen, wird man nicht in den Irrtum verfallen, ein solches Geschenk abzuweisen und das Geld abschaffen zu wollen, sondern die Aufgabe darin sehen, sich der entwicklungsfördernden Kraft des Geldes zu bedienen, ohne sich beherrschen zu lassen. Das macht es umso notwendiger, das Geldwesen bewußt zu ordnen und sachgerecht zu gestalten, statt es wuchernd sich selbst zu überlassen.

Mehr als Anregung zu weiterem Forschen kann im folgenden nicht geleistet werden. Deshalb beschränkt sich dieser Beitrag auf Thesen und deren kurze Erläuterung. Es soll hier kein zwingendes Wirkungsverhältnis zwischen Geldwesen und militärischer Rüstung nachgewiesen werden, sondern nur eine rüstungsfördernde Tendenz. Diese wird hoffentlich auch ohne quantitative oder historische Belege so schlüssig, daß es lohnend erscheint, auch aus diesem Aspekt her das Geldwesen näher zu durchleuchten und mögliche Veränderungen zu erwägen. Denn wahrscheinlich liegt im Geldwesen eine gemeinsame Wurzel der großen gesellschaftlichen Probleme nicht nur des Friedens, sondern mehr noch der Gerechtigkeit und der Bewahrung der Schöpfung. Nachdem sich letztere Anliegen im Zuge des konziliaren Prozesses mit Recht als logisch vorrangig in den Vordergrund geschoben haben, besteht begründete Hoffnung, daß Wissenschaft und öffentliche Meinung stärker zu den Grundfragen gesellschaftlicher Ordnung vordringen, wie es das Geldwesen seit Jahrtausenden ist.

*These 1: Militärische Rüstung bleibt Schicksal, solange Geld die Welt regiert; doch dieses Regiment ließe sich zurückerdrängen. Im Bedingungsgeflecht militärischer Rüstung hat das Geldwesen eine zentrale, aber bislang wenig beachtete Stellung, ist zwar weder „Ursache“ noch allein ausreichender, wohl aber notwendiger Therapieansatz.*

## Monetäre Fehlfunktionen

Eine arbeitsteilige Wirtschaft fördert individuelle Entfaltung, macht aber auch die Menschen voneinander abhängig. Veränderungen in Produktions- und Konsumgewohnheiten wirken sich auf die Mitmenschen aus. Geld fördert Arbeitsteilung und damit individuelle Entfaltung, steigert aber auch die Abhängigkeit, weil nunmehr der Austausch von Gütern und Dienstleistungen stetigen Geldumlauf voraussetzt. Eine mit Geld arbeitende Gesellschaft müßte deswegen dafür sorgen, daß Geld und Bedarf nicht auseinanderdriften. Genau dies

aber leistet unser Geldwesen bislang noch nicht.

*These 2:* Geld würde seine Arbeitsteilung und Entwicklung fördernden Funktionen segenreich erfüllen, wenn Geld und Bedarf deckungsgleich blieben; dafür müßte es sich als Tauschmittel und Wertmesser sowohl kaufend als auch leihend und schenkend anbieten, neutral zwischen den Wirtschaftsteilnehmern vermitteln und dürfte als Wertaufbewahrungsmittel nur in dem Maße dienen, wie dies die zuvor genannten Funktionen nicht beeinträchtigt.

Zwischen den drei Funktionen des Geldes, Tauschmittel, Wertmesser und Wertaufbewahrungsmittel zu sein, besteht ein Spannungsverhältnis. Das Fließen als Tauschmittel und das Ruhen als Wertaufbewahrungsmittel sind gegensätzliche Anforderungen, und das Fließen des Geldes durch Inflation zu fördern, untergräbt wiederum die Wertmesserfunktion. Erkennt man letztere und die Tauschmittelfunktion als die wichtigeren, wird man ins Auge fassen, der Wertaufbewahrungsfunktion gewisse Einschränkungen aufzuerlegen.

Geld kaufend, leihend (bzw. investierend) oder schenkend einzusetzen, sind die drei grundlegenden Verwendungsarten, die eine Wirtschaft braucht, wenn sie im Gleichgewicht bleiben soll (*Steiner 1922/1979: 82 ff*). Um beim Kaufen vernünftig eingesetzt zu werden, bedarf es einer unverfälschten Preisbildung; d.h. durch ein System von Ökoabgaben sind externe Kosten zu internalisieren, damit die Güter jeweils so teuer sind, wie sie der Gesellschaft mit Rücksicht auf den Ressourcenverbrauch zu stehen kommen.

Durch Leihe erreichen zusammenarbeitende Menschen zum Vorteil beider Seiten einen Ausgleich in der Zeitdimension. Auf diesen Ausgleich, nämlich Schulden zu machen und wieder zu tilgen, ist der Mensch angelegt; jedes Kind braucht die Fürsorge der Erwachsenen, die diese Vorleistungen in ihrem Alter zu Recht zurückerwarten. Diese ausgeglichene Interessenlage wird verfälscht, wenn dem Vorleistenden erlaubt wird, seinen zeitlichen Vorsprung zu Geld zu machen. Damit wird der Entleiher einseitig belastet, obwohl die Leihe auch dem Verleiher ein Problem löst, nämlich die Befriedigung eines künftigen Bedürfnisses

sicherzustellen. Ähnlich ist es bei der Investition, die dadurch teuer und gehemmt wird, obwohl sie nicht nur im Interesse des Existenzgründers, sondern auch der übrigen Wirtschaftsteilnehmer und nicht zuletzt in der des Geldanlegers liegt.

Wie das Kaufen und das Leihen braucht die Gesellschaft auch das Schenken – nicht nur im Blick auf Behinderte, die sich zeitlebens nicht selbst versorgen können, sondern auch zugunsten all derjenigen Aktivitäten, die nicht Waren sein, sondern allen Menschen zur Verfügung stehen sollten: Kunst, Wissenschaft und Religion wie überhaupt ein Großteil der Kultur einschließlich des Bildungswesens. Andernfalls benötigt die Gesellschaft einen Zwangsschenkungsapparat, also eine Steuerbürokratie, mit deren Hilfe sie die genannten Dienstleistungen finanziert und leider auch zu einem erheblichen Teil organisiert und inhaltlich dirigiert. Daß wir uns an dieses Ausmaß von Unfreiheit gewöhnt haben, rechtfertigt nicht, diesen Zustand als Endstadium gesellschaftlicher Entwicklung anzusehen. Wenn die Individualisierung des Menschen eine uns aufgebene Entwicklung ist, kann sich zeit- und zukunftsgemäße Kultur nur auf der Basis freier individueller Entscheidungen entfalten. Die entsprechenden Schenkungsgelder bleiben jedoch aus, weil sich das Geld im Leihen staut und seine Vermehrung zum Selbstzweck wird. Diese Zweckentfremdung des Geldes wird durch mangelhafte Gestaltung des Geldwesens gefördert.

*These 3:* Unser Geldwesen hat einen *Konstruktionsfehler*, durch den sich das Geld im Leihen staut, weil es sich hierbei durch Zins und Zinsezins vermehren läßt. Ständig an die Habgier appellierend, wird Geldvermehrung zur Droge. Statt mit- und füreinander arbeiten die Menschen gegeneinander.

Mit dem Sparkassenbuch über 5,- DM zur Geburt wird die Droge der leistungslosen Geldvermehrung flächendeckend bereits in den Windeln implantiert. Welche Folgen es hat, wenn wir unsere Zeit verkaufen, hat *Michael Ende* in seinem Märchenroman „*Momo*“ eindrücklich geschildert. Die Erkenntnis, daß die großen Menschheitsprobleme hiermit zusammenhängen, wird dadurch erschwert, daß im Zins entsprechend seiner vielfältigen Funktionen etliche Bestandteile stecken, die ihre Be-

rectigung haben. Neben dem Guthabenzins, den die Bank an den Geldanleger zahlt, steckt im Kreditzins, den die Bank vom Schuldner einzieht, die Bankmarge, durch die die Bank ihre eigenen Kosten für Personal, Gebäude und Risiko deckt und einen Überschuß erzielt und versteuert. Diese Bankmarge ist nicht Gegenstand der folgenden Ausführungen. Einen erheblichen Anteil im Guthabenzins stellt der Inflationsausgleich dar, der – solange wir Inflation haben – ebenfalls berechtigt ist, denn der Verleiher kann erwarten, denselben Wert zurückzubekommen, den er gegeben hat. Unentbehrlich ist auch der Zins als pendelnder Knappheitsindikator, der Geldangebot und -nachfrage in Übereinstimmung bringt.

Zu hinterfragen ist jedoch der Grundsockel des Realzinses, mit dem sich der Geldgeber seinen Verzicht auf die Liquidität entgelten läßt. Diesen Grundsockel zwischen zwei und vier Prozent als Konsumverzichtsprämie zu deuten, ist angesichts des geldanlegenden Millionärs genauso irreführend wie ihn als vorgegenommenen Produktionsgewinn anzusehen; denn im Konsumentendarlehen ist er genau so enthalten. Obwohl Geld eine öffentliche Einrichtung ist, wird es wie eine Ware behandelt; der Geldbesitzer spielt einen Vorteil aus, den nicht er, sondern die Gemeinschaft durch Rechtsordnung und Vertrauen geschaffen hat, nämlich durch die Bereitschaft, das Geld als Zahlungsmittel anzunehmen.

*These 4:* Neben berechtigten Anteilen (Risiko und Bearbeitungskosten, gegebenenfalls Inflationsausgleich und Knappheitsaufschlag) steckt im Zins als Sockel eine Prämie für den Liquiditätsverzicht (*Grundzins* 2-4%). Der ausleihende und investierende Geldbesitzer läßt sich also den „*Jokervorteil*“ des Geldes bezahlen, den nicht er, sondern die Gemeinschaft durch Rechtsordnung und Vertrauen geschaffen hat.

### **Ungleichgewicht vorprogrammiert**

*These 5:* Da nach kaufmännischen Grundsätzen nichts produziert wird, was nicht zumindest die Grundverzinsung des eingesetzten Kapitals erbringt, zahlen Verbraucher, Kunden und Mieter in allen Preisen und Abgaben einen versteckten (Real-) *Zinsanteil*, den letztlich die Geldgeber ohne eigene Gegenleistung einstecken.

Die Höhe dieses Zinsanteils ist abhängig von der Kapitalintensität des einzelnen Gutes bzw. der Dienstleistung. Sie ist deswegen schwer zu ermitteln, weil nicht nur tatsächlich gezahlte Zinsen bzw. kalkulatorische Zinsen zu berücksichtigen sind, sondern in allen Kostenarten wiederum Zinsanteile stecken. Andererseits ist zu berücksichtigen, daß, wie oben bereits dargestellt, gewisse (kleinere) Zinsbestandteile (Bearbeitungskosten, Risiko und Knappheitsaufschlag) durch die Art unseres Geldwesens zwar erhöht, aber nicht generell vermieden werden können. Auch bedeutet der Inflationsausgleich nicht zwingend eine reale Umverteilung, sondern zunächst nur vorgezogene Tilgung bzw. Abschreibung, was besonders dann mißliche Folgen haben kann, wenn der Kreditrahmen nicht entsprechend erweitert wird. Allein schon der erwähnte Grundsockel mit zwei bis vier Prozent als die zu vermeidende Liquiditätsverzichtsprämie kann in Preisen einen Anteil erreichen, der bei Neubaumieten schätzungsweise dreißig Prozent erreicht. Dieser unsichtbare Realzinsstrom macht die Reichen immer reicher und die Armen ärmer und bringt die Wirtschaft ins Ungleichgewicht (*Creutz* 1993).

*These 6:* Der Zinsstrom von den Konsumenten zu den Geldanlegern läßt Arm und Reich immer weiter auseinanderdriften: es bleibt massenhafter Bedarf ohne Geld und es entstehen riesige Geldvermögen ohne Bedarf. *Verelendung*, Arbeitslosigkeit, Hunger, soziale Spannungen sind die Folge. Um sich und ihre Privilegien vor den Armen zu schützen, greifen die Reichen zu militärischer Rüstung.

Daß Waffen ganz wesentlich ein Mittel sind, mit dem sich Reiche vor dem Zugriff der Armen schützen, kann man sowohl im Kleinen als auch im Großen beobachten, etwa an der privaten Waffenausstattung in den USA bzw. an der gegen den Süden gerichteten Militärdoktrin der nördlichen Industrieländer.

### **Wachstumswang**

*These 7:* Da die Geldbesitzer über Zins und Zinseszins einen zunehmenden Anteil des Erwirtschafteten für sich beanspruchen, haben breite Bevölkerungsschichten nur dann Überlebenschancen, wenn die Wirtschaft entsprechend wächst. Eine auf Zins und Zinseszins basierende Wirtschaft stürzt immer tiefer in das Dilem-

ma, entweder exponentiell (und zwangsläufig umweltzerstörend) zu wachsen oder zusammenzubrechen, hin- und herschwankend zwischen ökologischer und sozialer *Wirtschaftskrise*, Konjunktur und Rezession.

Unser Geld ist wie Blut, bei dem ein Teil (entsprechend dem leihend und investierend weitergegebenen Gelde) nur flüssig bleibt, wenn es sich dabei vermehren kann. Ein solcher Organismus wird entweder an Krebs oder Thrombose zugrunde gehen. Beide Krankheitssymptome kennzeichnen die Realität: Wirtschaftlich wild wuchernd wachsende Branchen und Regionen einerseits und verelendende Bevölkerungsmassen und Regionen andererseits. Daß gerade letztere die von den erstgenannten primär ausgelösten ökologischen Probleme noch erheblich verschärfen, bestätigt nur das Dilemma, daß soziale und ökologische Erfordernisse wegen des vorprogrammierten Ungleichgewichts schwerlich in Einklang gebracht werden können.

*These 8:* Für eine Wirtschaft unter Wachstumszwang bietet sich militärische *Rüstungsproduktion* aus vielen Gründen an: Sie ist technisch beliebig fortentwickelbar, entsprechend kapitalintensiv, durch Monopole gewinnträchtig, hat im Staat einen zahlungskräftigen und verlässlichen Großabnehmer, erzeugt die rechtfertigende Bedrohungslage selbst und erfüllt männliche Allmachtsträume. Intensive Rüstungsexporte, insbesondere an Militärdiktaturen und andere Unrechtsregime, in Spannungsgebiete und als Nachtschub für Kriege, auf die eine solche Wirtschaft angewiesen ist, sind die Folge.

Ernüchternd muß man in diesem Zusammenhang feststellen, daß (begrenzte) Abrüstung unter diesem Aspekt nur eine Variation in der Wirkungsweise einer krebserkrankten Wirtschaft ist, weil sie deren Zwängen entspricht.

*These 9:* Aufrüstung und (ähnlich kapitalintensiv) Abrüstung sind unter wirtschaftlichem Wachstumszwang durchaus kombinierbare Strategien, solange die Abrüstung der Modernisierung und dem Abbau sinnloser Überkapazitäten dient und die Kriegsführungsfähigkeit nicht tangiert. Denn im *Kampf um Rohstoffe und Märkte* wird Militär immer unverhohlener zur Absicherung wirtschaftlicher Expansion eingesetzt.

Immer deutlicher werden Rüstung und Militär zum wichtigen Instrument im Weltwirtschaftskrieg. So ging es z.B. nicht nur im zweiten Golfkrieg 1991 um Öl, sondern auch 1993 in Somalia. Rüstung und Militär sichern die verschwenderische Lebensweise des Nordens auf Kosten des Südens.

*These 10:* Eine Zinseszinswirtschaft muß exponentiell zunehmend Kapitalverwertungsgelegenheiten bieten und ist deshalb auf der Suche nach immer neuen *Schuldnern*, sei es im In- oder Ausland, seien es Privathaushalte oder öffentliche Hände. Gläubiger- und Schuldnerländer geraten in wachsende Spannungen, aus denen sich letztere gelegentlich zu befreien versuchen (siehe Irak). Früher oder später retten sich überschuldete Staaten durch Ankurbelung der Notenpresse, so daß eine galoppierende Inflation die Menschen in Unsicherheit, Angst und in einen Kampf aller gegen alle stürzt (siehe Jugoslawien, GUS).

Die gesellschaftssprengende Kraft einer Hyperinflation wird an den zuletzt genannten Beispielen besonders deutlich. Was in geringer und kalkulierbarer Dosis das Geld in Umlauf hält und deswegen hilfreich ist, zerstört im Übermaß verwendet die gesellschaftlichen Bindungen. Alle diese krankhaften Wachstumserscheinungen erinnern an *Goethes Gedicht „Der Zauberlehrling“* (Binswanger, 1985).

## Therapie

*These 11:* Seit Jahrtausenden verfügt die Menschheit über *Weisheitslehren*, wie mit Geld umzugehen sei. Zinsverbot, Erlaßjahr und Halljahr im Alten Testament erinnern an das Gebot der Tauschgerechtigkeit, an die Notwendigkeit, Ungleichgewichte in Rhythmen zu bereinigen, und an den Zusammenhang zwischen Geld- und Bodenordnung, wenn die Gemeinschaftsgüter Geld und Boden nicht zu Instrumenten versteckter Sklavenhaltung werden sollen!

*These 12:* Statt Zins zu verbieten, was in einer Marktwirtschaft weder möglich noch hilfreich wäre, müßte das Geld so gestaltet werden, daß es zum Weitergeben anreizt. Der Liquiditätsvorteil des Geldes könnte zum Beispiel durch eine *Liquiditätsabgabe* auf Bar- und/oder Girogeld neutralisiert werden, um die einseitige Bevorteilung des Geldbesitzers gegenüber dem Warenbesitzer zu beheben – vergleichbar

der Standgebühr bei Güterwaggons, die ähnlich wie das Geld öffentliche Transportmittel sind.

Die Idee, den Umlauf des Geldes durch Liquiditätskosten zu sichern, stammt von dem Sozialreformer *Silvio Gesell* (1862-1930) (*Gesell* 1891/1988) und wurde ähnlich auch von *Rudolf Steiner* (*Steiner* 1922/1979: 164 f., 171 ff; *Suhr* 1988) und *John Maynard Keynes* aufgegriffen (*Keynes* 1936: 172-185, 196, 282-324), insbesondere in seinen Vorschlägen für die „*International Clearing Union*“ (*Keynes* 1989).

*These 13:* In der Geschichte gibt es mit ähnlicher Umlaufsicherung des Geldes reichhaltige *Erfahrungen*, angefangen von dem (rostenden) Eisengeld, das *Lykurg* anstelle des Silbergeldes in Sparta einfuhrte, über die regelmäßigen Geldverrufungen im Hochmittelalter, die durch den „*Schlagschatz*“ (Umtauschgebühr) das Geld auch ohne Zins im Umlauf hielten (*Walker* 1959), bis zu den freiwirtschaftlichen Experimenten unseres Jahrhunderts (*Onken* 1986).

*These 14:* Die vielfältigen *Initiativen*, die heute zinslosen oder -niedrigen Wirtschaftsverkehr versuchen (Barter-Clubs, Tausch- und Verrechnungsringe, LET-System, J.A.K.-System, Leihgemeinschaften, GLS Gemeinschaftsbank, Ökumenische Entwicklungsgenossenschaft EDCS, Öko-Bank u. a.) sind hoffnungsvolle Keime einer künftigen gerechten Wirtschaftsordnung.<sup>2</sup> Banken und Sparkassen könnten dezentral Modelle realisieren, die zum Vorteil aller Beteiligten geschlossene Kreisläufe zinsniedrigen Geldes ermöglichen.<sup>3</sup>

*These 15:* Durch Einführung und Feindosierung einer Liquiditätsabgabe könnte die *Notenbank* die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes steuern, Inflation als Umlaufsicherung überflüssig machen und eine stabile Währung ermöglichen. Als Zwischenschritt könnte der Versuch dienen, die Inflation (z. B. bei 4%) zu verstetigen, für Indexklauseln zu werben und über Inflationsausgleich hinausgehende Zinscinnahmen steuerlich voll abzuschöpfen.

Die Berichte der Bundesbank machen zunehmend deutlich, daß eine geringfügige Geldentwertung zur Umlaufsicherung unentbehrlich ist. Je bewußter dieses Mittel (entgegen

dem Stabilitätsgesetz) eingesetzt wird, desto mehr drängt sich als nächster Schritt auf, dem Geld Durchhaltekosten anzuhängen, die bei richtiger Dosierung eine stabile Währung ermöglichen, Inflation entbehrlich machen und die Wertmesserfunktion des Geldes wahren.

## Verantwortung

*These 16:* In der *Blindheit* für den Systemfehler im Geldwesen, seine friedensgefährdenden Auswirkungen und die Möglichkeiten seiner Heilung zeigt sich die mammonistische Prägung unseres Denkens. Die Zinswirtschaft und damit den Kern des Kapitalismus zu hinterfragen, ist tabu, nicht zuletzt durch die den Juden jahrhundertlang aufgenötigte Sündenbockrolle und die plakative Forderung der Nationalsozialisten nach „*Brechung der Zins knechtschaft*“. Die Neo-Rechte wird dieses Thema erneut aufgreifen – und vollends tabuisieren, wenn Politik, Wissenschaft, Erziehung, Medien und Kirchen ihre Verantwortung nicht wahrnehmen.

Neben dem Geldwesen wären auch Bodenordnung und Steuerrecht, Unternehmensverfassung, freies Bildungswesen und Formen direkter Demokratie wichtige Felder einer konstruktiven Friedenswissenschaft. Wenn Kriege als Folge gesellschaftlicher Entwicklungshemmung verstanden werden können, wird militärische Rüstung (erst) dann entbehrlich, wenn wir fällige gesellschaftliche Entwicklungen ermöglichen.

## Anmerkungen

- 1 Zur Geschichte des Zinsverbots siehe Geitmann 1989.
- 2 Über einige dieser Initiativen berichtet Kennedy: 1991: 188 ff.
- 3 Insbesondere das Modell „*Oeconomia Augustana*“ bzw. „*Neutrales Geld*“ von Suhr/Godschalk 1986.

## Literatur

- Hans Christoph Binswanger, *Geld und Magie. Deutung und Kritik der modernen Wirtschaft anhand von Goethes Faust*, Stuttgart 1985.
- Helmut Creutz, *Das Geldsyndrom. Wege zu einer krisenfreien Marktwirtschaft*, München 1993.
- Roland Geitmann, *Bibel, Kirchen und Zinswirtschaft*. In: *Zeitschrift für Sozialökonomie* 80 (1989): 17-24.
- Roland Geitmann, *Marktwirtschaft ohne Kapitalismus?! – Kommunale Initiative für eine Frieden ermöglichende Geldordnung*. In: *Infodienst Kommunale Friedensarbeit in der DFC-VK Nr. 1/1990*, S. 3-5.
- Silvio Gesell, *Die Reformation im Münzwesen als Brücke zum sozialen Staat* (1891). In: *Cesammelte Werke Bd. 1*, (Hann.-Münden) Lützenburg 1988.
- Margrit Kennedy, *Geld ohne Zinsen und Inflation. Ein Tauschmittel, das jedem dient*. München 1991.

John Maynard Keynes, Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, Berlin 1936.

John Maynard Keynes, Vorschläge für eine Internationale Clearing Union, In: Wesen und Funktionen des Geldes – Zahlen, Leihen und Schenken im volkswirtschaftlichen Prozeß, Stuttgart 1989: 323-349.

Werner Onken, Ein vergessenes Kapitel der Wirtschaftsgeschichte. Die Selbsthilfefaktionen mit Freigeld. In: Helmut Creutz et al., Wachstum bis zur Krise? Berlin 1986: 63-87.

Rudolf Steiner, Nationalökonomischer Kurs, Dornach 1922/1979 (GA Nr. 340).

Dieter Suhr, Alternendes Geld. Das Konzept Rudolfs Steiners aus geldtheoretischer Sicht, Schaffhausen 1988.

Dieter Suhr/Hugo Godechalk, Optimale Liquidität. Eine liquiditätstheoretische Analyse und ein kreditwirtschaftliches Wettbewerbskonzept, Frankfurt a.M. 1986.

Karl Walker, Das Geld in der Geschichte, Lauf 1959.

---

## LESERBRIEFE

---

In seinem Aufsatz „**Vom Tauschmittel zum Geldvermehrungsinstrument – Zur metaphysischen Rolle des Geldes in der Wirtschaft**“ (*Zeitschrift für Sozialökonomie* 102./103. Folge Oktober 1994) hat *Christoph Körner* die überragende Bedeutung des Geldes für unsere heutige Gesellschaft in ihren geheimnisvollen Zusammenhängen und in ihrer weitgehend fragwürdigen Auswirkung dargestellt. Es könnte der Eindruck entstehen, daß die Weiterentwicklung des Geldsystems allein ausreicht, die wichtigsten Mißstände zu überwinden.

Diese Darstellung übersieht leider eine äußerst wichtige Tatsache. Es ist der technische Fortschritt, der das jetzt über Jahrtausende gehende Wirtschaftswachstum möglich gemacht hat. Zwar ist es unbestritten, daß die Einführung des Geldes als Universaltauschmittel diesen Fortschritt mitermöglicht hat. Denn ohne dieses Mittel wären alle Errungenschaften mehr oder weniger lokal beschränkt geblieben.

Beim technischen Fortschritt ist nun das Wesentliche der Einsatz und der Verbrauch technischer Energie. Ohne Wasserkraft, Kohle und Erdöl und ohne die Erfindungen zu ihrer Nutzung wäre es unmöglich gewesen, die menschliche Arbeitsproduktivität so sehr zu vervielfachen, wie es heute der Fall ist. Die Maschinen aber verbrauchen technische Energie. Der Verbrauch an technischer Energie nimmt sehr genau in gleichem Maße zu, wie das Bruttosozialprodukt wächst. Zwischen 1950 und 1977 sind beide in Westeuropa ganz parallel zueinander auf das 3,1fache gewachsen (Technische Rundschau Bern, 27/1979). Aber nicht weil das Bruttosozialprodukt wächst, nimmt der Energieverbrauch zu, sondern umgekehrt: Nur weil wir mit Hilfe technischer Energie unsere Arbeitsproduktivität

erhöhen können, steigt das Bruttosozialprodukt und kann es steigen.

Das ständige Wirtschaftswachstum wird andauern, solange der Einsatz technischer Energie billiger ist als der Einsatz menschlicher Arbeitskraft. Bisher hat es sich noch immer gelohnt, menschliche Arbeitskraft in die Gewinnung von technischer Energie und deren Nutzung durch Maschinen zu stecken, anstatt die letztlich eigentlich notwendige Arbeit von Hand zu tun: Nahrung, Kleidung und Wohnungen herzustellen.

Soll also das krebsartige Wirtschaftswachstum abgeschwächt werden, so muß neben der Weiterentwicklung des Geldsystems der Energieverbrauch kräftig besteuert und verteuert werden. Eine Energieverbrauchssteuer könnte weitgehend an die Stelle anderer Steuern treten, so daß die Gesamtsteuerlast nicht höher sein muß als bisher, jedoch so gestaltet, daß menschliche Arbeit sich neben Maschinenarbeit wieder dauerhaft behaupten kann. Damit könnte das Arbeitslosenproblem langfristig entschärft werden.

Wenn der Einsatz technischer Energie dereinst wieder automatisch teurer wird als Handarbeit, weil das Erdöl ausgeht und die Anwendung von Atomenergie zu gefährlich ist, oder wenn das Material zum Herstellen von technischen Geräten ausgeht – vor allem Erze –, dann ist von außen her der Zwang zum Arbeiten von Hand wieder gekommen. Wird das schon im nächsten Jahrtausend sein? Oder sieht die Zukunft ganz anders aus? Wird die Erde Katastrophe um Katastrophe produzieren, so daß schon allein das menschliche Leben in weiten Teilen der Erde ausgelöscht werden wird? Oder wird ein Teil der Menschheit an AIDS oder Pest aussterben oder sonst so sehr dahinsiechen, daß das Aufrechterhalten unserer technischen Zivilisation einfach nicht mehr möglich ist, weil die extremen Spezialkenntnisse verlorengehen?

Das Geld allein also ist der Fetsch nicht, der uns das Wirtschaftswachstum und den Fortschritt ermöglicht hat. Es ist vielmehr das Wissen darum, wie der Ersatz technischer Energie uns das Leben, die Arbeit erleichtern kann. Hingegen ermöglicht es das Geld, Sklaverei auf raffiniertere Art zu betreiben als in Urzeiten, wo Tiere und Menschen von Besitzenden und Raffinierten zu ihrem Vorteil eingesetzt wurden. Die magische Kraft, die dem Geld von *Binswanger* zugeschrieben wird, ist nicht auf das Wirtschaftswachstum gerichtet, sondern auf die versteckte und versteckbare Ausbeutung von Menschen durch Menschen über den Zins. Unabhängig von noch so raffiniertem Geld ist es die magische Kraft technischer Energie und des Wissens um deren Anwendung, die das Wirtschaftswachstum erlaubt und ermöglicht.